

Jörn König, MdB  
Sportpolitischer Sprecher  
AfD-Bundestagsfraktion



# Königsbrief **SPORT**

Das Sportmagazin aus dem Deutschen Bundestag

Ausgabe 12 – Dezember 2024



## **DOSB- Mitgliederversammlung Probleme der Wintersportverbände**



Auch online verfügbar: [www.joernkoenig.de/koenigsbrief-sport](http://www.joernkoenig.de/koenigsbrief-sport)



# DOSB-Mitgliederversammlung und Wintersport-Verbände

### Wintersport-Verbände benennen Probleme und suchen Unterstützung – DOSB-Mitgliederversammlung trotz viel Kritik im Vorfeld fast ohne kontroverse Diskussionen

Auf der Mitgliederversammlung des Deutschen Olympischen Sportbundes, am ersten Dezember-Wochenende in Saarbrücken, gab es sehr viel Einmütigkeit – und wenig Diskussionen und Streit. Zumindest auf der Vollversammlung aller Mitglieder am Samstag war das so. Einen Tag vorher, als sich die verschiedenen Gruppen zu ihren Beratungen getroffen haben, soll es (so war zu hören) schon deutlicher zur Sache gegangen sein, zumindest bei den Treffen der Landes-Sportbünde und dem der Spitzensport-Verbände – ähnlich wie in den Wochen vor der Mitgliederversammlung, als sich Beteiligte öffentlich zu Wort gemeldet und sogar Rücktritte in den Raum gestellt hatten.

Umso verwunderlicher, dass am Samstag dann fast alles einstimmig abgestimmt wurde – mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen – und fast ohne jede Kritik an den Anträgen, Berichten und Vorträgen.

Auch die Wintersport-Verbände meldeten sich im Plenum von Saarbrücken nicht zu Wort. Dabei hatten diese sich schon vor einigen Wochen, kurz vor ihrem Saisonauftakt, bei einem Treffen in Berlin durchaus kritisch positioniert.



Die Wintersportverbände nutzten die Gelegenheit, neben den „großen“ Themen der sportpolitischen Diskussion dort auch Themen anzusprechen, die nicht so oft im Focus der öffentlichen und der sportpolitischen Diskussion stehen, aber durchaus große Auswirkungen auf die leistungssportliche Entwicklung in den Verbänden haben.

Aber auch mit den drei großen Schlagwörtern aus der Diskussion der vergangenen Monate taten sich die Vertreter der Wintersport-Verbände zumindest in Teilen schwer, wurde durchaus skeptisch und vorsichtig mit diesen umgegangen: Sportfördergesetz, Sportagentur, Zentrum Safe Sport. Alle großen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag der alten Koalition wurden beim aktuellen Stand der Umsetzung mit Zweifeln begleitet. Skepsis gab es vor allem beim Thema Sportagentur.

Insbesondere die geplante Zusammensetzung der geplanten Gremien der geplanten Agentur fand wenig Zustimmung. Insbesondere müssten die Spitzensport-Verbände, auch die aus dem Wintersport, nicht nur informiert werden, sondern ausreichend repräsentiert und mit eingebunden sein. Diese Forderung wurde auch bei der DOSB-Mitgliederversammlung mehrfach erhoben,

## Aktuelles aus den Verbänden

Wie soll man positive Veränderungen erwarten, wenn es in der Agentur am Ende die gleichen Akteure sind, die schon bislang in diesem Bereich die Entscheidungen getroffen haben? So war die Sorge deutlich zu vernehmen, dass mit der Agentur ein „Bürokratiemonster“ und ein „Verwaltungsmonster“ entsteht.

Und letztlich wurde auch die Frage nach der Finanzierung gestellt. Das Geld, das diese Agentur kostet, darf nicht dem Sport verloren gehen. Wenn Agentur, dann muss dieses Geld „on the top“, also zusätzlich obendrauf auf den Sportetat kommen. Eine Forderung, die so noch nicht geklärt scheint.

Inzwischen ist am Entwurf des Sportfördergesetzes, in dem das Thema Sportagentur enthalten ist, herumgedoktert worden. Zum ersten Entwurf hatten sich die Landes-Sportbünde recht klar und deutlich positioniert: „Wir brauchen so eine Agentur nicht.“ Und auch die Verbände stellten die bislang nicht beantwortete Frage, was sie mit Bezug auf den Leistungssport und auf Olympische Spiele zu erwarten hätten von so einer Spitzensport-Agentur - die Frage, „ob uns die Agentur nach vorne bringt?“

Was uns nach vorne hilft, so einer der Verbandsvertreter, das sind unsere Trainer – Arbeit, Arbeit, Arbeit „am Mann“, Arbeit mit der Jugend. „In diesem Bereich ist in den letzten Jahren nichts passiert. Wenn wir zwei Nachwuchs-Trainer mehr einstellen könnten, hätten wir nach sechs Jahren das Ergebnis mit besseren Leistungen.“ Doch gerade da klaffen Defizite und Nachholbedarf, seit Jahren bekannte Defizite und Nachholbedarf, die von den Verbandsvertreter noch einmal deutlich benannt wurden.

„Die Trainer sind die einzige Berufsgruppe, die in den vergangenen (mindestens) zehn Jahren nicht an den Tarifsteigerungen partizipiert hat.“ – „Mit einem Vier-Jahres-Vertrag bekommt kein Trainer bei seiner Bank eine Baufinanzierung.“, beschreibt einer der Funktionäre eines der vielen praktischen Probleme als Folge im Alltag. Und dabei wären die Verbände schon froh (und stellen die Forderung), „wenn wir wenigstens sagen könnten: Wir können Dich bis 2028 bezahlen“.



Anziehungskraft für z.B. auch Trainer aus dem Ausland hat so eine Situation freilich nicht, ganz im Gegenteil. Die Beispiele sind bekannt:

Zwei Snowboard-Cross-Trainer sind in die Schweiz gegangen mit dort 1.500 Euro mehr, ohne Residenzpflicht und mit einem unbefristeten Vertrag. Georg Hackl verdient in Österreich mehr als das Doppelte als er in Deutschland bekommen hat „und hat die Hälfte der Arbeit“.

Das sind einige der Punkte, die angegangen werden müssen. Ob eine Sportagentur geeignet und in der Lage ist, solche Probleme zu lösen, scheint fraglich.

## Aktuelles aus den Verbänden

Und auch die Planungen für das Zentrum Safe Sport wurden von den Wintersport-Verbänden kritisch betrachtet. „Das muss man sich erst einmal leisten können.“ war eine Bemerkung zu diesem Thema. Bei schon jetzt, in der Planungsphase und vor der Umsetzung, berechneten rund 6 Millionen Euro pro Jahr für dieses Zentrum Safe Sport sicher ein berechtigter Einwurf.

Auf der DOSB-Mitgliederversammlung in Saarbrücken wurde der Safe Sport Code des DOSB jetzt aber fast einstimmig verabschiedet. Safe Sport Code ist nicht das Gleiche wie Zentrum Safe Sport. Einige Bedenken der Verbände scheinen auch noch in die finale Bearbeitung des Safe Sport Codes mit eingeflossen zu sein. Zudem wurde eine Evaluierung (mit möglichen Veränderungen) nach zwei Jahren festgeschrieben. Die Verbände haben außerdem vier Jahre Zeit, die neuen Regelungen verbandsintern umzusetzen. Ob am Ende tatsächlich alle Verbände bereit sind, ihre Zuständigkeit abzugeben, bleibt abzuwarten.

Ein Hauptpunkt der Verbände war, dass betroffene Athleten ein Wahlrecht haben müssen, ob sie sich an das Zentrum Safe Sport (oder die unabhängige Ansprechstelle) wenden, oder an ihren Spitzensport-Verband. Bedenken gab es auch in der Hinsicht, dass Anforderungen aus dem Zentrum Safe Sport kommen könnten, die von den Verbänden dann umgesetzt werden müssen, womit viele möglicherweise überfordert wären.

Der DOSB beschwichtigt, sieht es als Angebot für Verbände, die nicht in der Lage sind, mögliche Fälle selbst zu bearbeiten und eigene Schiedsgerichte aufzubauen. Dann soll das ZSS eingreifen. „Wenn das Angebot nicht attraktiv ist, werden die Verbände ihre Zuständigkeit nicht abgeben.“, versucht der DOSB zu beruhigen.

Und auch bei anderen Themen, die hier nur angerissen werden können, zeigten sich die Wintersport-Verbände kritisch und forderten eine Diskussion zur Lösung von im Raum stehenden Themen und Problemen, die bei der Diskussion, um die „großen“ Fragen oft unterzugehen drohen:

Aktuell brennend ist für viele der Wintersport-Verbände die Absicherung der Entsendekosten, da schon jetzt für Olympia 2026 gebucht werden muss.

Hinterfragt wurde einmal mehr das Potenzialanalysesystem (PotAS), dessen Sinn und Funktionalität. Welchen Sinn hat PotAS und wie wird mit den Ergebnissen umgegangen?

„Wenn es in einem Verband oder in einer Disziplin nicht funktioniert, dann hätten wir z.B. erwartet, dass Gelder umbewilligt werden, dass mehr in die Nachwuchsarbeit fließt. Das ist nicht passiert.“, so die Kritik. „Wir müssen als Verband funktionieren. Aber dann muss auch so ein System funktionieren.“ Die einst erfolgreichen, inzwischen aber ans Ende der Rangliste abgestürzten Verbände für Eisschnelllauf und Eiskunstlauf beklagten, dass sie finanziell so beschnitten wurden, dass kaum eine Chance besteht, wieder auf einen erfolgreichen Weg zurückkehren zu können. Das war Ende Oktober – und das war die Kritik der Wintersportler.

Als Anfang Dezember der PotAS-Abschlussbericht für die Sommersportarten 2024 veröffentlicht wurde, war die Kritik noch einmal heftiger und deutlicher. Der Präsident des Deutschen Basketball-Bundes, Ingo Weiss, bis 2022 auch Sprecher der Spitzensport-Verbände, übte massive Kritik und forderte ein sofortiges Ende des im Spitzensport umstrittenen Systems. „PotAS tut dem deutschen Sport absolut nicht gut. Das muss auch nicht mehr überarbeitet werden. Bitte einfach abschaffen“, so der Basketball-Präsident klar und deutlich.

## Aktuelles aus den Verbänden

Ein weiterer Punkt war die Ausrichtung von Sport-Großveranstaltungen, „die enorm wichtig für das Image des Sports und für die Sportverbände sind.“ Dabei sollte verbandsübergreifend abgestimmt werden, wer sich wann bewirbt und dabei der Forderung nach einem (von der AfD schon lange geforderten) Wechsel von der aktuellen Festbetragsfinanzierung zu einer Bedarfsfinanzierung.

Und es gab erneut die Diskussion um eine Trennung der Förderbudgets in Sommer- und Wintersport.

Als ein weiteres Problem wurde auch angesprochen, dass gerade im Wintersport die dort involvierten vielen kleineren Kommunen nicht in der Lage sind, für die Finanzierung von Trainings- und Wettkampfstätten die geforderte Eigenbeteiligung aufzubringen. Viele Themen, die angepackt werden müssen.

Zum Schluss blieben mahnende Sätze:

- Wir brauchen generell mehr Wertschätzung für den Sport in Deutschland.
- Vergesst nicht die Kernaufgaben des Sports.
- Kümmern um die Athleten, um die Trainer, um die Sportstätten.

# Der aktuelle Gesetzentwurf

## Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Entlastung von Sportvereinen zur Förderung der Investitionspotenziale von Sportvereinen und Sportstätten und zur Kompensation wirtschaftlicher Schäden und finanzieller Notlagen (SportVereinsEntLG)

Deutscher Bundestag  
20. Wahlperiode

Drucksache 20/8412  
19.09.2023

### Gesetzentwurf

der Abgeordneten Klaus Stöber, Jörn König, Edgar Naujok, Andreas Bleck, Kay Gottschalk, Stephan Brandner, René Bochmann, Dr. Malte Kaufmann, Jan Wenzel Schmidt, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Entlastung von Sportvereinen zur Förderung der Investitionspotenziale von Sportvereinen und Sportstätten und zur Kompensation wirtschaftlicher Schäden und finanzieller Notlagen (SportVereinsEntLG)

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/084/2008412.pdf>



### Antragsbeschreibung

Die Sportvereine sind verpflichtet, alle drei Jahre eine Steuererklärung abzugeben. Mit allen Einkünften unterliegen sie der unbeschränkten Körperschaftssteuerpflicht, der Gewerbe- und Umsatzsteuerpflicht, sofern sie bestimmte Freigrenzen übersteigen. Bisher konnten sich die Sportvereine auf die sog. Mehrwertsteuersystemrichtlinie berufen, um Steuererleichterungen geltend zu machen. Das ist nach neuer Rechtslage nicht mehr möglich. Daher fordern wir mit dem SportVereinsEntLG unter anderem die Aufhebung der generellen Verpflichtung zur Abgabe von Steuererklärungen für gemeinnützige Vereine unterhalb der Freigrenze, die Anhebung der Freigrenze für Umsätze aus wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb für Körperschafts- und Gewerbesteuer und Anhebung des Freibetrages für die Körperschaftssteuer.

### Parlamentarischer Verlauf:

Eingebracht: 21.09.2023  
Behandlung im Ausschuss: 08.11.2023  
Ablehnung: BT Drs. 20/9226

### Politisches Ergebnis:

Am 24. Juli 2024 wurde ein „Steuerfortentwicklungsgesetz“ beschlossen, welches Vereine unterstützen soll, aber keinerlei Entlastung bei der Abgabe von Steuererklärungen vorsieht.



# Der Athlet im Mittelpunkt

### **Spitzensportler brauchen Perspektiven und Unterstützung – wer sich für Deutschland einsetzt, dem dürfen keine Nachteile entstehen**

Spitzensportler zu sein, ist heute in den meisten Sportarten ein Vollzeitberuf. Neben dieser „Vollzeitarbeit Sport“ müssen die Athleten aber auch an ihre schulische und berufliche Ausbildung denken und zusätzlich noch die Finanzierung ihres Lebensalltags sichern. Im Gegensatz zu der weit verbreiteten Annahme, dass deutsche Spitzensportler gutverdienende Athleten seien, betrug deren Nettoeinkommen bis 2018 oftmals nur 650 Euro. Dies lag deutlich unter dem gesetzlichen Mindestlohn.

Auch die heute etwa 1.000 bis maximal 1.500 Euro monatlich sind ausbaufähig und sollten auf mindestens 1.800 Euro, ähnlich wie in einigen mit Deutschland vergleichbaren Ländern, erhöht werden. Höhere Einnahmen haben nur wenige Top-Athleten in populären, zumeist fernsehträchtigen Sportarten. Die AfD-Bundestagsfraktion ist der Auffassung, dass die Spitzensportler eine Unterstützung deutlich über dem Mindestlohn verdient haben. Finanziell besser gestellt sind heute nur Sportler, die bei der Bundeswehr, beim Zoll oder der Polizei angestellt sind.

Der Leistungssport muss für Kaderathleten vollumfänglich finanziert werden. Damit muss ausgeschlossen werden, dass die Sportler in Form von Eigenbeteiligungen Wettkampfreisen, Lehrgänge oder Trainingslager, Betreuer, Sportkleidung, Sportgeräte oder Ausrüstung von ihrem privaten Geld mit oder komplett selbst finanzieren müssen.

Mehr als die Hälfte der heutigen Kaderathleten erwägt aufgrund der finanziellen und beruflichen Situation ein vorzeitiges Karriereende, obwohl die sportlichen Perspektiven vorhanden sind. Deshalb brauchen deutsche Spitzensportler zunächst einmal und vor allem eine sichere Finanzierung ihres Lebensalltags und darüber hinaus klare Perspektiven und Unterstützung bei ihrer beruflichen Entwicklung, um sich gewissenhaft und in diesen Fragen unbelastet auch längerfristig auf den Leistungssport einlassen zu können.

Eine wichtige Rolle spielen dabei Bundeswehr, Zoll und Polizei, die in ihren Sportfördergruppen eine gesicherte sportliche Laufbahn ermöglichen. Dort ist zumeist auch eine gute Sport-Infrastruktur vorhanden, die auch für den Spitzensport genutzt werden kann. Aber auch für Kader-Athleten, die diese Möglichkeit nicht nutzen wollen oder können, muss eine gleichwertig finanziell gesicherte sportliche Laufbahn möglich sein.

Ein vorzeitiges Karriereende muss verhindert werden, damit die ohnehin überschaubare Zahl von Talenten und vor allem die Sportler, die den Sprung auf internationales Leistungsniveau geschafft haben, dem Leistungssport so lange wie möglich erhalten bleiben. Spitzensport zu betreiben, soll auch finanziell attraktiv sein, um international erstklassige Sportler im Leistungssport zu halten.

Ein nächster Schwerpunkt ist eine gleichwertige Anrechnung der Zeit als Spitzensportler für die Berechnung der Altersversorgung (was bei der aktuellen Leistungssportreform erstmals thematisiert worden ist). Das aktuelle Konzept ist aber noch nicht ausreichend.

## Sportpolitische Thesen (Auszug)

Wichtigster Punkt neben der Grundsicherung ist die Vereinbarkeit der leistungssportlichen Laufbahn und der beruflichen Ausbildung („Duale Karriere“). Die AfD-Bundestagsfraktion unterstützt das System der Dualen Karriere und fordert, dieses System weiter auszubauen und deutlich zu verbessern.

Berufliche Ausbildungs- oder Studienplätze sollen in Abstimmung mit der freien Wirtschaft und den Hochschulen Spitzensportlern am Trainings- bzw. Ausbildungs- oder Studienort bevorzugt zur Verfügung gestellt werden. Bringt ein Kadersportler die formalen Voraussetzungen für eine bestimmte Ausbildung oder ein bestimmtes Studium mit, so ist in Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Hochschulen dafür zu sorgen, dass der Kaderathlet einen entsprechenden Ausbildungs- oder Studienplatz erhält. Dabei soll auch über die Einführung von Sportstipendien nachgedacht werden. Bürokratische Hindernisse und Widerstände sind zu beseitigen.

Kooperationsvereinbarungen zwischen dem Leistungssport und den Universitäten gibt es bislang nur an einem Teil der Hochschulstandorte. Es muss an allen relevanten Hochschulstandorten verpflichtend werden, dass die Universitäten die Duale Karriere von Spitzensportlern unterstützen und solche Kooperationsvereinbarungen mit dem DOSB, seinen Fachverbänden bzw. den Olympiastützpunkten abschließen.

Die Förderung von Leistungs- und Spitzensport kann und soll mittelfristig zu einer Aufgabe und einem Aushängeschild für deutsche Universitäten generell werden. Für deutsche Hochschulen und Universitäten muss der Leistungssport einen ähnlichen Stellenwert bekommen, wie das (wenn dort auch mit anderen Voraussetzungen und auf anderer finanzieller Grundlage) an den Universitäten zum Beispiel in den USA der Fall ist. Darüber hinaus regt die AfD-Bundestagsfraktion an, die Förderung des Leistungs- und Spitzensports mit in die Auswahlkriterien der „Exzellenzstrategie“ für die Auswahl und Auszeichnung von Hochschulen als sogenannte „Exzellenz“- oder „Elite-Universitäten“ aufzunehmen.

Sowohl bei der beruflichen Ausbildung als auch beim Studium von Leistungssportlern soll die Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft verbessert werden. Unternehmen können und sollen Spitzensportler unterstützend begleiten und auch bei einem vollständigen Berufseinstieg erst nach Ende einer längeren leistungssportlichen Laufbahn eine erfolgreiche berufliche Karriere ermöglichen.

Für die Realisierung braucht es eine starke Stimme der Athleten, die unabhängig von anderen organisatorischen und formalen Abhängigkeiten für die Interessen der Athleten eintritt. Die AfD-Bundestagsfraktion unterstützt deshalb den unabhängigen Verein „Athleten Deutschland e.V.“, der diese Interessen artikuliert und sich für deren Durch- und Umsetzung einsetzt. Die erforderlichen Voraussetzungen sind dauerhaft zu erhalten, auch in finanzieller Hinsicht.



In jeder Königsbrief Sport-Ausgabe wird eine Seite bzw. Sportpolitische These vorgestellt. Die gesamten Thesen sind verfügbar unter [www.joernkoenig.de/sportthesen](http://www.joernkoenig.de/sportthesen).



### Die Vertreter der AfD – Bundestagsfraktion im Sportausschuss des Deutschen Bundestages



#### **Jörn König, MdB**

Sportpolitischer Sprecher  
Obmann der AfD im Sportausschuss  
DDR-Vizemeister im Schwimmen 1984

**Diplom-Ingenieur und  
Master of Business Administration**



#### **Klaus Stöber, MdB**

Mitglied im Sportausschuss  
des Deutschen Bundestages  
Präsident eines Tennis-Vereins

**Diplom-Ökonom und  
selbständiger Steuerberater**

Der „Königsbrief Sport“ ein monatlicher Rundbrief, der über die Arbeit der AfD-Sportpolitiker im Deutschen Bundestag informiert. Er ist eine Weiterentwicklung des „Königsbriefes“, der über die parlamentarische Arbeit von Jörn König berichtet und am Ende einer jeden Sitzungswoche erscheint. Die AfD-Sportpolitiker insgesamt sprechen sich dafür aus, den Sport in deutlich höherem Maße als bisher zu fördern. Bund, Länder und Kommunen müssen sicherstellen, dass bundesweit gut ausgestattete Sportstätten für den Schul-, Breiten- und Spitzensport zur Verfügung stehen. Die finanziellen und strukturellen Grundlagen müssen geschaffen werden, damit deutsche Athleten unser Land wieder so erfolgreich bei internationalen Wettkämpfen repräsentieren, wie es dem Selbstverständnis Deutschlands als einer wichtigen Sportnation entspricht.

Wir bedanken uns bei allen Kollegen in der AfD-Bundestagsfraktion und den sportpolitischen Sprechern der AfD-Landtagsfraktionen, die wertvolle Impulse für unsere Arbeit gegeben haben.

### IMPRESSUM

Herausgeber:  
Jörn König, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030/227-78169  
joern.koenig@bundestag.de

in Zusammenarbeit mit  
Klaus Stöber, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030/227-74540  
klaus.stoeber@bundestag.de

Bildnachweis: AfD-Fraktion Deutscher Bundestag, Adobe Stock;  
Inga Haar; Kicker.de/IMAGO insidefoto; PRG; pixabay.de

### SOCIAL-MEDIA-KANÄLE



facebook.com/joernkoenig  
facebook.com/klaus.stoeber



instagram.com/joern.koenig



Reden unter  
[https://www.youtube.com/  
@AfDFraktionimBundestag/](https://www.youtube.com/@AfDFraktionimBundestag/)